

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/232

4. Dezember 1975

"Wehret den Anfängen!"

Konsequenzen der Emotionalisierungstaktik der CDU/CSU

Von Kurt Mattick MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender
des Fraktionsarbeitskreises für Außen- und Sicherheits-
politik und innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 und 2 / 63 Zeilen

Die Eiszeit wird ausbleiben

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des November

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seite 3 / 36 Zeilen

Verfassungstreue in CSU-Version

Schein und Wirklichkeit einer "Staatspartei"

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 4 / 36 Zeilen

Bürgerliche Hausfrau oder junge Schöne

Zu Untersuchungen über das Frauenbild im deutschen
Fernsehen

Von Hermann P. Reiser MdB

Vorsitzender der Medienkommission der Interparlamenta-
rischen Arbeitsgemeinschaft

Seite 5 und 6 / 65 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausstraße 2-10
Postfach: 125 408
Pressenhaus 1, Zimmer 277-824
Telefon: 32 69 37 - 39
Telefax: 05 69 641 - 46 ppn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 102-112, Telefon: 37 66 11

"Wahret den Anfängen!"

Konsequenzen der Emotionalisierungstaktik der CDU/CSU

Von Kurt Mattick MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik und innerdeutsche Beziehungen

Was sich bei dem Deutschlandpolitischen Kongreß der Unions-Parteien in Ingolstadt zugetragen hat, muß als fatales Warnzeichen für die innen-, aber auch für die außenpolitische Situation der Bundesrepublik bewertet werden. CDU und CSU haben inzwischen selbst erkannt, daß es für ihre wahltaktischen Zwecke nicht mehr ausreicht, dem deutschen Wähler einreden zu wollen, daß die sozialliberale Koalition auf dem Gebiet der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik versagt hätte. Inzwischen hat nämlich jedermann begriffen, daß die Bundesrepublik unter Führung der Regierung Schmidt in der Bewältigung der ökonomischen Weltkrise ungewollt eine hervorragende Führungsaufgabe hat, und daß die Bemühungen zur Überwindung dieser schweren Krise eine besondere Leistung der Bundesrepublik sind. Das alles bedeutet für die Unions-Parteien den Zwang, sich ein neues Manöverfeld aufbauen zu müssen, auf dem, wie sie hofft, neue Emotionen zu erwecken wären, die den gesunden menschlichen Verstand irritieren könnten.

Einen anderen Sinn konnte der Deutschlandkongreß in Ingolstadt nicht haben. Sein Aufzug und die Reden bezeugen diese Einschätzung. Strauß zog unter den Klängen des Bayerischen Defiliermarsches in die Halle ein. Minutenlang Jubel schaffte die ersten Voraussetzungen, um diesem Kongreß Reden vorzusetzen, die, außerhalb jeder Logik, nicht dazu gedacht waren, den Verstand, die Vernunft und die Wirklichkeit zu beachten, sondern absichtlich an diesen Begriffen vorbei die 2.000 Menschen sozusagen auszurichten auf eine Auseinandersetzung, die noch einmal an die 50er Jahre anknüpfen soll. Es soll hier darauf verzichtet werden, im einzelnen atmosphärische Schilderungen wiederzugeben. Es genügt, zu wissen, daß, von Strauß beginnend, der seine Sonthofener Konfliktstrategie wieder in den Vordergrund rückte; und auf jegliche Zwischentöne und Vermittlungsgedanken verzichtend, auf der Versammlung kein einziger CDU/CSU-Mann zu Worte kam, der auch nur im geringsten die Gefahr mit sich gebracht hätte, den Sonthofener Rahmen der Kundgebung zu sprengen. Die ganze Kavalkade der Scharfmacher, die die Geschichte verfälschen wollen, von Dr. Marx über Baron von Wrangel, Prof.

Abelein, Graf Stauffenberg, Dr. Czaja, Dr. Hupka, Dr. Becher bis Klaus Jäger, sie alle marschierten auf. Weder der ehemalige Außen- und Verteidigungminister Dr. Schröder, jetzt Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, noch irgendeiner aus der Reihe der von Weizsäcker oder Blumenfeld kam zu Wort, die u.U. etwas Positives zu der gemeinsamen Politik gesagt hätten, die von der SPD am 30. Juni 1960 durch Herbert Wehner mit der Maßgabe angeboten worden war, an einem Schnittpunkt die bisherige deutsche Außenpolitik zu überprüfen. Damals bekam die SPD von v. Guttenberg die Antwort, daß Überprüfung für die CDU Revision heiße, und daß eine Revision der CDU-Politik unmöglich sei, weil sie die richtige Politik sei und bleibe.

Inzwischen ist viel geschehen. Es gab die Große Koalition und die Erkenntnis auch in den Reihen der CDU, daß allein mit der westorientierten Position der Bundesrepublik weder eine erfolgreiche vernünftige West- und Europapolitik geleistet werden könne noch eine Chance bestehe, die Spannung zwischen Ost und West aus der akuten Gefahrenzone zu bringen. Ohne Zweifel ist die deutsche Außenpolitik seit Kiesingers Regierungserklärung der Großen Koalition einem positiven Wandel unterzogen worden. Von der schrecklichen Ausgangs-Situation aus, die mit dem Bau der Mauer jedem Deutschen klar wurde, sind Veränderungen erreicht worden, durch die nicht nur Spannungen abgebaut wurden, sondern die bisherige westliche Position nach innen und außen gefestigt werden konnte. So war es möglich, mit der Sowjetunion und den Ostblockländern Voraussetzungen für ein erträgliches Nebeneinander zu schaffen und Beziehungen zu bilden, die für beide Seiten neue Entwicklungen zum Positiven ausgelöst haben.

Wir haben aus Sonthofen und aus dem Ingolstädter Deutschlandkongreß zu lernen. Beides zusammen ist der Aufbruch einer restaurativ-reaktionären Gruppe, denen der ganze Laden nicht paßt, ohne daß sie sich fragen, wie es dazu kam, und ohne daß sie begreifen, daß die Machtverhältnisse ihnen für ihre Politik überhaupt keine Chance geben. Wir werden aus den beiden Kundgebungen lernen, daß wir alle Kräfte mobilisieren müssen, um gegen diese Politik der Strauß und Genossen eine große Front derer aufzurichten, die begriffen haben, daß die Wiederholung der Vergangenheit ein Verbrechen an Deutschland und am Frieden in Europa wäre. Wir möchten nach Sonthofen und Ingolstadt an die Kräfte appellieren, die in den Medien einen so starken Einfluß auf die Meinungsbildung der Menschen haben: "Wehret den Anfängen!".

(-/4. 12. 1975/wi/e/pr)

Die Eiszeit wird ausbleiben

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des November

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die Arbeitslosenzahl ist im November dieses Jahres um 53 000 auf 1 114 000 gestiegen. Das war allgemein erwartet worden. Der Anstieg um fünf vH gegenüber dem Vormonat fiel allerdings wesentlich milder aus als im Vergleichszeitraum der letzten beiden Jahre. 1974 kletterten die Arbeitslosenzahlen um 18,9 vH, im Jahr zuvor waren sie gar um 24,3 vH gestiegen.

Betrachtet man die Entwicklung in den einzelnen Branchen, so läßt sich mit Sicherheit konstatieren, daß ausschließlich saisonbedingte Gründe zum weiteren Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen führten. Das gleiche trifft auf die weitere Verminderung des Angebots an offenen Stellen um 26 000 auf 183 000 zu. Auch hier war es in den Vergleichszeiträumen der beiden Vorjahre wesentlich stürmischer nach unten gegangen.

Erfreulich ist die Entwicklung bei der Kurzarbeit: Hier ist eine Abnahme um 27 000 auf insgesamt 689 000 festzustellen. Fächert man die Statistik weiter auf, dann zeigen sich belebende Tendenzen bei der Chemie (- 11 700), in der Elektrotechnik (- 4 000) und im Fahrzeugbau (- 7 000). Steigende Kurzarbeiterzahlen meldet wie erwartet die Bauindustrie (+ 3 000), aber auch der Maschinenbau (+ 8 000). Mit anderen Worten: Die Investitionsgüterindustrie hat noch nicht wieder Tritt gefaßt. Die Dauer der Kurzarbeit hat sich ebenfalls wieder etwas nach unten entwickelt: 92 vH aller Kurzarbeiter mußten Arbeitszeiteinschränkungen um weniger als die Hälfte der normalen Arbeitszeit hinnehmen, nur bei acht vH machte die Arbeitszeiteinschränkung mehr als die Hälfte aus.

Kopfzerbrechen bereiten ein paar andere Zahlen: Die Jugendarbeitslosigkeit steigt wieder, die Quote liegt jetzt bei 5,8 vH (Hier wirken sich die Schulentlassstermine aus). Und die Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt zu (Der Arbeitsmarkt scheint unelastischer zu werden). Beide Felder bedürfen in Zukunft der besonderen Beobachtung.

Eine Arbeitslosenquote von 4,9 vH ist unerfreulich. Sie ist es besonders, wenn man daran denkt, daß gleichzeitig in einzelnen Branchen Überstunden gemacht und Sonderschichten gefahren werden. Es ergibt sich die Frage, ob dieser Entwicklung weiter tatenlos zugesehen werden kann.

Insgesamt aber ist festzustellen: Der stürmische Abschwung hat Stabilisierungstendenzen Platz gemacht. Im Blick auf den Winter läßt sich prognostizieren: Eine Eiszeit auf dem Arbeitsmarkt wird nicht stattfinden - aber unangenehm kalt wird es schon.
(-/4. 12. 1975/wi/e/pr)

+ + +

Verfassungstreue in CSU-Version

Schein und Wirklichkeit einer "Staatspartei"

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Am Montag ist die Bayerische Verfassung dreißig Jahre alt geworden. Wie üblich hat man einen solchen Geburtstag gebührend gefeiert: mit Fahnen, Buchsbäumen, Sonntagareden und Lippenbekenntnissen. Die allerschönste Rede hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Alfons Goppel selbst gehalten. Der Staat, so sprach er, sei nicht nur ein Rechtsstaat, sondern gleichermaßen ein Sozialstaat. Recht hat er.

Jedermann möchte nun glauben, daß die CSU-Staatsregierung und die CSU als Partei den Auftrag der Bayerischen Verfassung ernstnehmen würden. Aber weit gefehlt! Die Verfassungspraxis der CSU entspricht nicht ihren Sonntagareden.

Nehmen wir ein markantes Beispiel. Artikel 161 der Bayerischen Verfassung lautet: 1/ Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht; Mißbräuche sind abzustellen. 2/ Steigerungen des Bodenswertes, die ohne besonderen Arbeits- und Kapitaleaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Jahrzehntelang hat sich die CSU darauf hinausgeredet, daß für dieses Thema der Bund zuständig sei. Dies, obwohl das Bodenrecht zur konkurrierenden Gesetzgebung gehört und niemand die bayerische Staatsregierung und die sie tragende CSU daran gehindert hätte, für die Abschöpfung der Planungsgewinne nach Artikel 161 BV zu sorgen.

In diesen Tagen berät nun der Bundestag im Rahmen der Bodenreform den sogenannten Planungswertausgleich. Mit ihm sollen planungsbedingte Wertsteigerungen bei Bauland wenigstens teilweise zugunsten der Gemeinden abgeschöpft werden. Man möchte nun meinen, die CSU träte eingedenk der Bayerischen Verfassung wärmstens dafür ein. Doch so ernst nimmt es die CSU mit dem Verfassungswerk des Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner nun auch wieder nicht. Just zum 30. Geburtstag läßt sie in Bayern die Fahnen hissen - und entscheidet sich in Bonn gegen den Planungswertausgleich. Schein und Wirklichkeit einer "Staatspartei"?

Wenn der Titel nicht schon anderweitig vergeben wäre, müßte man die in München und Bonn hierfür Verantwortlichen als radikale Verfassungsgegner im öffentlichen Dienst bezeichnen.
(-/4.12.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Bürgerliche Hausfrau oder junge Schöne

Zu Untersuchungen über das Frauenbild im deutschen Fernsehen

Von Hermann P. Reiser MdB

Vorsitzender der Medienkommission der Inter-
parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft

Das Ergebnis der wissenschaftlichen Untersuchung konnte eigentlich keinen Kenner überraschen: Die Frauen werden vom Fernsehen benachteiligt. Das ist das Fazit und schlechte Resultat der Dokumentation eines Forschungsteams der Universität Münster unter Leitung von Professor Dr. Erich Küchenhoff. Die Arbeit war vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit angeregt und auch gefördert worden. Professor Küchenhoff ist auf derartige Themen spezialisiert.

Ziel der Erhebung war (ganz akademisch) "Die Darstellung der Frau und die Behandlung von Frauenfragen in der medienpezifischen Wirklichkeit des Deutschen Fernsehens und des Zweiten Deutschen Fernsehens". Das TV-Frauenbild wurde in sechs Wochen im Februar und März 1975 ermittelt. Dazu wurden die beobachteten Programme in vier Untersuchungsbereiche eingeordnet: Sendung mit Spielhandlung, Quiz und Show, Magazine und Feature, Nachrichtensendungen. Die Tester entdeckten in allen Untersuchungsbereichen eine deutliche Benachteiligung der Frau. Sie kommen zu dem Schluß: Das Fernsehen als öffentlich-rechtliche Institution könnte sich wirklich nachhaltiger und effektiver für die in der Verfassung verankerte Gleichheit von Mann und Frau einsetzen. Vor allem auch für die stärkere politische Beteiligung der Frauen.

Die empirische Küchenhoff-Untersuchung faßte ihre Ergebnisse in sieben überschaubaren Thesen zusammen:

- 1/ Obwohl Frauen mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, sind Frauen im deutschen Fernsehen unterrepräsentiert; womit die patriarchalische Grundstruktur dieser Gesellschaft durchaus realitätsgetreu abgebildet wird.
- 2/ Die deutsche Bildschirmfrau bewegt sich nahezu ausschließlich im Milieu der gehobenen Mittelschicht.
- 3/ Das Frauenbild des deutschen Fernsehens wird von zwei Extremen geprägt; auf der einen Seite die Traditionsfigur der sorgenden Hausfrau und Mutter, auf der anderen Seite die Modegestalt der jungen, unabhängigen Schönen.
- 4/ Charakteristisch ist die "mangelnde Thematisierung" der Berufstätigkeit und die Nichtbehandlung von Schwierigkeiten der Frauenar-

beit, die sich aus Vielfachbelastungen (Geliebte, Hausfrau, Arbeitnehmerin) ergibt.

- 5/ Die Fernsehfrau agiert weitgehend unpolitisch.
- 6/ Die kritische Auseinandersetzung mit der besonderen Situation der Frau wird in den beiden observierten TV-Kanälen vernachlässigt.
- 7/ Die Rollenverteilung in den Fernsehanstalten selber weist eine deutliche Benachteiligung der Frau auf; "Frauenfragen" werden dort nur zu elf vH von Frauen selbst behandelt.

Nun mag der eine oder andere den Beobachtungszeitraum von sechs Wochen für zu gering halten, um zu solch gültigen Urteilen zu kommen: An der Tendenz ist aber sicher nicht zu zweifeln. Unabhängig von der Münsteraner Untersuchung ergänzt Claudia Pihl mit zahlengenaue[n] Recherchen den Inside-Frauenaspekt der deutschen TV- und Funkhäuser. Bei Rundfunk und Fernsehen sind zwar fast ein Drittel der fest Beschäftigten Frauen, aber nahezu alle davon sind in den unteren Rängen der Gehalts-, Einfluß- und Wichtigkeits-Hierarchie angesiedelt. Durchschnittlich nur elf vH der bei ARD und ZDF angestellten Redakteure sind Frauen. Sie werden durchweg deutlich schlechter bezahlt als das Gros der Redakteurskollegen (1973 beim WDR im Schnitt 366 DM weniger). Es gibt im deutschen Rundfunk- und Fernsehsystem eine einzige Vorzeige-Chefredakteurin (WDR); daneben eine Justiziarin (Süddeutscher Rundfunk) und eine Pressestellen-Leiterin (Südwestfunk). Es paßt dann in dieses Bild, wenn in den Aufsichtsgremien der Anstalten Frauen äußerst spärlich vertreten sind. In den mächtigen Verwaltungsstellen nur zwei (Bremen und Baden-Baden). Es existieren so gut wie keine Übergangs- oder Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen in den Technik-Sparten.

Extrakt der Pihl-Erkenntnisse, der wohl allgemein für unsere Gesellschaft gilt: "Die Qualifikationsbarrieren sind für Frauen besonders hoch, sie müssen dem Beruf auch persönliche Opfer bringen, die Männern nicht abverlangt werden, und sie werden obendrein noch unterdurchschnittlich bezahlt."
(-/4.12.1975/wi/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller